

Wenn diese Nachricht nicht korrekt dargestellt wird, [klicken Sie bitte hier](#) für die Browser-Version.



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Nr. 96  
Dezember 2022

**Schweizerische Delegation bei der OECD**

**Paris - OECD**



Liebe Leserinnen und Leser

Die Folgen von bald zehn Monaten Krieg in Europa machen sich immer deutlicher bemerkbar in den wirtschaftlichen und den Energie-Perspektiven der OECD.

Doch bieten Krisen auch nutzbare Chancen: so sieht die Internationale Energie-Agentur die Gelegenheit für einen beschleunigten Übergang zu den erneuerbaren Energien. Die Landwirtschaftsminister ihrerseits haben bei ihrer Zusammenkunft die Hinwendung zu einer nachhaltigen Landwirtschaft besprochen. Die Schweiz war dort durch Staatssekretär Ch. Hofer vertreten.

In der neuen Ausgabe finden Sie des weiteren je einen Artikel über Genderfragen an der OECD und über das Ministertreffen über Public Governance, an dem Bundeskanzler W. Thurnherr teilnahm.

Ich wünsche Ihnen eine bereichernde Lektüre und Frohe Feiertage.

**Giancarlo KESSLER**

Botschafter, Ständiger Vertreter  
Schweizerische Delegation bei der OECD

**INHALTSVERZEICHNIS**

[ENERGIE - Die Energiekrise als Katalysator für die Energiewende?](#)

[LANDWIRTSCHAFT - Ministertreffen](#)

[GENDER - Gleichstellung der Geschlechter und Public Governance bei der OECD](#)

[WIRTSCHAFT - Die OECD korrigiert ihre Wachstumsprognosen für die Weltwirtschaft nach unten](#)

[GOVERNANCE - Ministertreffen](#)

[WEITERE PUBLIKATIONEN](#)

[OECD-KALENDER](#)

## **ENERGIE**

### **Die Energiekrise als Katalysator für die Energiewende?**

Die Internationale Energieagentur (IEA) hat am 27. Oktober ihren jährlichen World Energy Outlook (WEO) präsentiert. Der WEO gibt einen Überblick über die wichtigsten Trends an den Energiemärkten und wurde im Kontext der aktuellen Energiekrise mit Spannung erwartet. Der [vollständige Bericht](#) und eine nützliche [Zusammenfassung](#) sind online verfügbar.

Die durch die russische Invasion in der Ukraine ausgelöste Energiekrise ist in ihrem globalen Ausmass und ihrer Komplexität beispiellos. Die IEA geht davon aus, dass die Krise einen Wendepunkt darstellt, der die globalen Energiemärkte längerfristig verändern wird. Der Unterbruch der Energieflüsse zwischen Russland – dem weltweit grössten Produzenten fossiler Energieträger – und seines Hauptabnehmers Europa hat die globalen Energiemärkte in schwere Turbulenzen gebracht. Im Zentrum steht dabei Gas, dessen Preise ungesehene Höhen erreicht haben, was sich vor allem in Europa in höheren Elektrizitätsrechnungen widerschlägt.

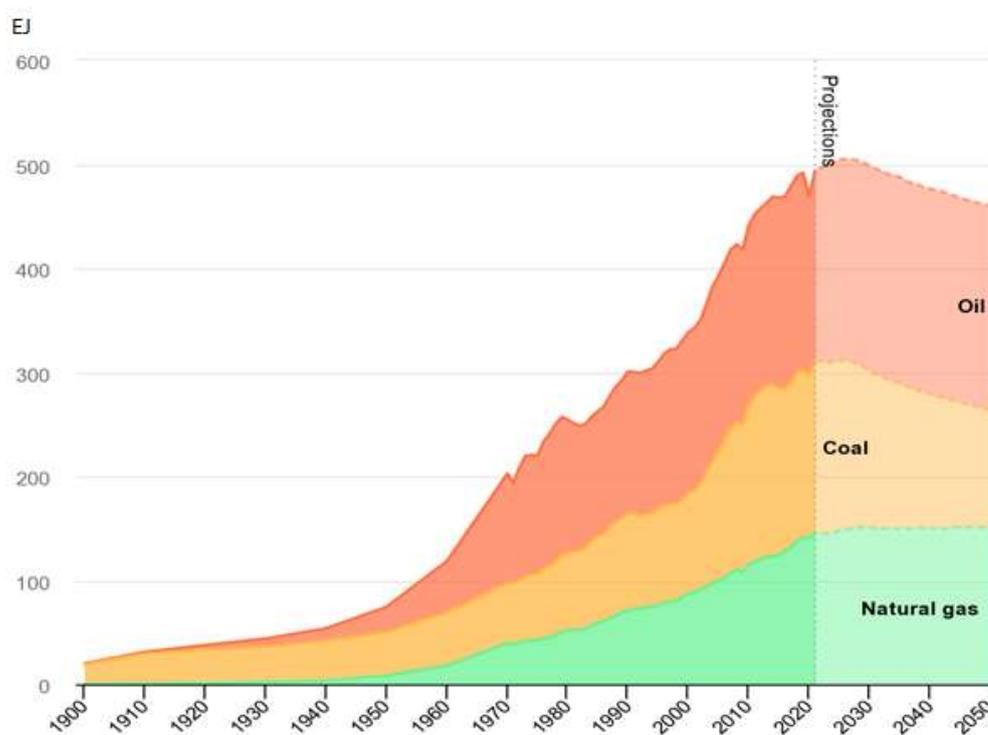
Die stark steigenden Energiepreise haben die bereits existierende Inflation nochmals verstärkt und sind ein bedeutender Faktor, wieso sich die Weltwirtschaft am Rande einer Rezession befindet. Regierungen in Industriestaaten haben bisher mehr als 500 Mrd. USD gesprochen um die Konsumenten vor Energieausfällen und gestiegenen Energiepreisen zu schützen.

Die IEA geht aber davon aus, dass die Energiekrise mittelfristig ein Katalysator für den Ausbau der erneuerbaren Energien ist. Viele Länder setzen verstärkt auf erneuerbare Energien – nicht nur aus Gründen des Klimaschutzes, sondern auch um unabhängiger von Energieimporten zu werden. Europa wird dank Ausbau der erneuerbaren Energie seine Abhängigkeit von Gas und Öl bis 2030 um 20% senken können. Elektrizität wird der Haupttreiber der kommenden Energiewende sein. Kritisch sind dabei die Wertschöpfungsketten für Technologien wie Solar oder Batterien. Es gilt genügende Produktionskapazitäten sichern, aber auch nicht zu stark von einzelnen Herkunftsländern der Rohstoffe bzw. Produkte abhängig zu sein.

Die Aussagen des WEO zur Energiewende sind ermutigend. Basierend auf den aktuell von Regierungen beschlossenen Massnahmen werden die Investitionen in erneuerbare Energien bis 2030 um mehr als 50% wachsen. Die Welt wird voraussichtlich noch vor 2030 den «Peak Fossil

Fuel» erreichen (siehe Grafik). Dafür verantwortlich sind vor allem die Reduktionen in Industriestaaten, wobei die Umstellung auf elektrische Fahrzeuge eine wichtige Rolle spielen wird. Allerdings zeigt der WEO auch, dass selbst mit den bisher angekündigten Massnahmen das Klimaziel von +1.5°C Erderwärmung gegenüber vorindustrieller Zeit verfehlt würde. Gemäss der IEA ist ein deutlicher Anstieg der Investitionen in erneuerbare Energien notwendig um die Klimaziele dennoch zu erreichen. Der Fokus muss hier gemäss IEA auf den grossen Entwicklungsländern und insbesondere auf Afrika liegen.

## Publikation



[Historische und vorhergesagte Nachfrage nach fossilen Energieträgern, 1900-2050, Quelle: IEA](#)

## LANDWIRTSCHAFT Ministertreffen

Mehr als 45 Landwirtschaftsminister aus OECD-Mitgliedsländern und anderen Ländern trafen sich am 3./4. November in Paris zum Thema [Aufbau nachhaltiger Agrar- und Lebensmittelsysteme in einem wandelnden Umfeld: gemeinsame Herausforderungen und Lösungen](#). An und für sich schon ein komplexes Thema, ist es dies umso mehr vor dem Hintergrund der Krise und Nahrungsmittelunsicherheit, die durch die Aggression

Russlands in der Ukraine ausgelöst und durch schwere Dürren in mehreren Weltgegenden verschärft wurde. Die aktuelle Lage hat die Bedeutung der Landwirtschaft für die Bewältigung der grossen globalen Herausforderungen in Erinnerung gerufen. Das Ministertreffen fand zudem kurz vor der Vertragsparteienkonferenz des UNO-Rahmenübereinkommens über Klimaänderungen (COP27) in Sharm el-Sheikh statt und bot so den Landwirtschaftsministern die Gelegenheit, die Rolle von Landwirtschaft und Ernährung bei der Bekämpfung des Klimawandels zu erörtern.

Die Schweiz, unter der Leitung des Direktors des Bundesamtes für Landwirtschaft (BLW), Herrn Christian Hofer, mit dem Titel Staatssekretär, spielte eine aktive und konstruktive Rolle. Sie beteiligte sich an den Überlegungen zur Entwicklung transformativer Lösungen für die dreifache Herausforderung des Agrarsektors, die darin besteht, 1. die Ernährungssicherheit für eine wachsende Weltbevölkerung zu gewährleisten 2. die Existenzen entlang der Lebensmittelversorgungsketten zu sichern und 3. die Nachhaltigkeit des Sektors und seine Rolle bei der Abschwächung der Auswirkungen des Klimawandels zu stärken. Die Schweiz trug auch zur Annahme einer [Erklärung](#) über transformative Lösungen für nachhaltige Agrar- und Lebensmittelsysteme bei, die als Grundlage für die Arbeit der OECD in den kommenden Jahren dienen wird. Durch die aktive Teilnahme der BLW-Experten an den Verhandlungen im Vorfeld des Treffens konnte auch sichergestellt werden, dass die Erklärung im Einklang steht mit dem bundesrätlichen Bericht über die zukünftige Ausrichtung der Schweizer Agrarpolitik.

[OECD Meeting of Agriculture Ministers 2022](#)



## Kommunikation

Wussten Sie, dass die Schweizer Delegation bei der OECD ihren Twitter-Account hat? Alle Nachrichten aus der Schweiz bei der OECD finden Sie mit dem Link [@Switzerland OECD](#).

Viel Spaß beim Lesen !

## **GENDER**

### **Gleichstellung der Geschlechter und Public Governance bei der OECD**

Am 10. November hat Sylvie Durrer, Direktorin des [Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann \(EBG\)](#), bei einem Treffen der Gruppe Friends of Gender Equality Plus in der OECD die Arbeit der [Working Party on Gender Mainstreaming and Governance \(GMG\)](#) vorgestellt. Die GMG, deren Vorsitzende Sylvie Durrer ist, wurde vom Committee on Public Governance ins Leben gerufen. Die GMG soll die Arbeit der OECD im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter vertiefen. Auf der Grundlage verschiedener gesammelter Daten, Analysen und Peer Reviews bietet sie der OECD, dem Komitee und seinen Mitgliedern einen Raum für Zusammenarbeit und eine Reihe von Empfehlungen zur Förderung der Geschlechtergleichstellung in der Verwaltung.

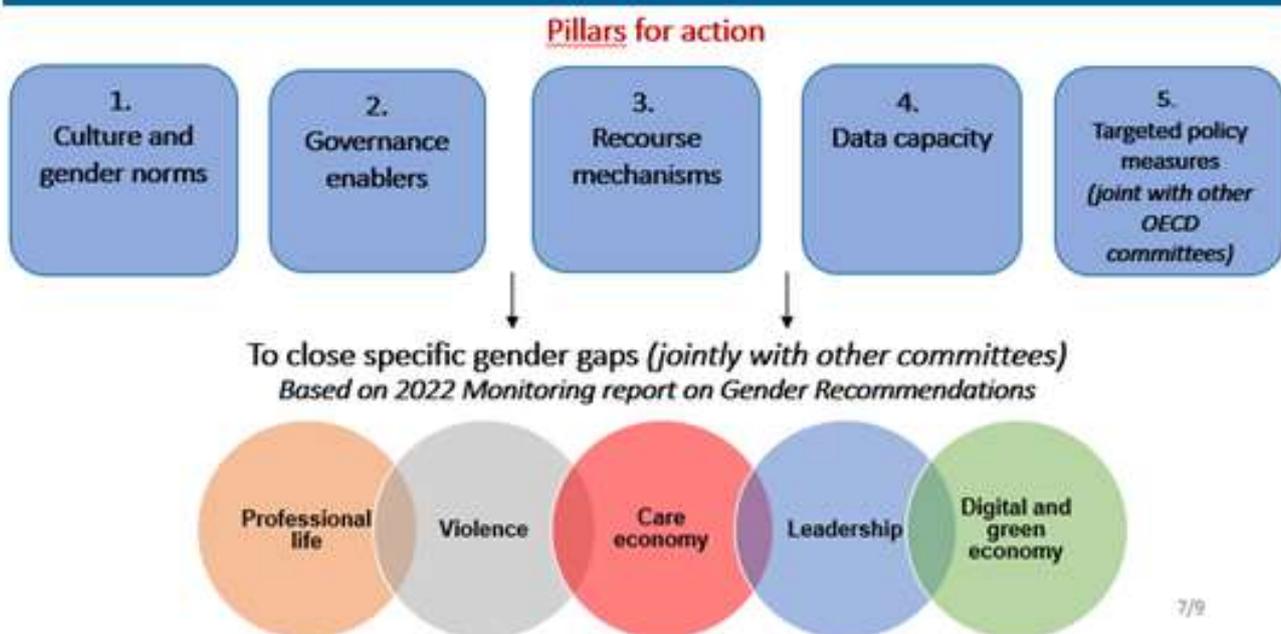
Für die Gleichstellung sind noch viele Herausforderungen zu bewältigen. Bei dem Treffen zeigte sich der stellvertretende Generalsekretär Knudsen besorgt über den Rückgang des Anteils von Frauen in internationalen Spitzenpositionen, was umso beunruhigender nach mehreren Jahren des Fortschritts. Frau Pilichowski, Direktorin für Public Governance, sprach über das Thema Digitalisierung. Diese stellt sowohl eine Chance als auch eine Bedrohung für die Gleichstellung dar. Sie ermöglicht zwar eine Diversifizierung der Formen der Beteiligung von Frauen, unter anderem auf wirtschaftlicher, öffentlicher und politischer Ebene. Cybermobbing, Desinformation und der ungleiche Zugang zu digitalen Plattformen sind jedoch hemmende Faktoren. Diese Faktoren treffen insbesondere Frauen und behindern ihre berufliche und soziale Eingliederung. Abschliessend sprach die litauische Botschafterin über geschlechtsspezifische Gewalt, die leider immer noch häufig vorkommt, wie derzeit im Konflikt in der Ukraine.

Welche Instrumente stehen der OECD zur Verfügung, um ein Engagement auf höchster Ebene zu diesen Themen zu fördern? Parallel zur Arbeit des GMG läuft zum Beispiel die Reinforcing Democracy Initiative, die am 17. und 18. November auf der [Ministerkonferenz](#) über Public Governance diskutiert wurde. Die Initiative enthält ein Element zur Geschlechterpolitik, das die Regierungen dazu auffordert, eine stärkere

Beteiligung von Frauen in öffentlichen Institutionen zu fördern. Bilaterale oder auf eine Region konzentrierte Initiativen haben sich als besonders wirksam erwiesen (z. B. die [MENA-OECD-Plattform für Gender Mainstreaming](#) oder Initiativen im Rahmen von [Länderprogrammen](#)), da sie einen massgeschneiderten Ansatz für lokale Gouvernanz-Fragen ermöglichen. Die Arbeit der OECD und von Strukturen wie die GMG im Bereich der Geschlechterproblematik ist für die Aufrechterhaltung einer soliden Public Governance von entscheidender Bedeutung: wie Frau Durrer betonte, ist die Gleichstellung der Geschlechter eine Voraussetzung für die Demokratie.

[OECD Gender Equality Page](#)

## Potential directions of the GMG



*Extrait de la présentation de Mme Durrer sur le GMG lors de la réunion FOGÉ+*

### **WIRTSCHAFT**

**Die OECD korrigiert ihre Wachstumsprognosen für die Weltwirtschaft nach unten**

Die OECD hat am 22. November ihren jüngsten Economic Outlook publiziert. Die Publikation erscheint zweimal jährlich und enthält eine vertiefte Analyse der aktuellen makroökonomischen Entwicklungen weltweit. Der Bericht ist hier online zugänglich: [OECD Economic Outlook November 2022](#).

### **Der Krieg in der Ukraine belastet die globalen Wirtschaftsaussichten**

Der anhaltende Aggressionskrieg Russlands in der Ukraine trübt die Konjunkturaussichten für die Weltwirtschaft weiter ein. Die OECD rechnet in ihrem jüngsten Economic Outlook mit einem realen Wachstum der Weltwirtschaft von 2.2% für das Jahr 2023. Dies entspricht einer Abwärtskorrektur von 0.6 Prozentpunkten im Vergleich zum vergangenen Economic Outlook von Juni 2022.

### **Schwächere Prognose auch für die Schweiz**

Die OECD hat ihre Wachstumsprognose 2023 für das reale BIP der Schweiz auf 1.3% nach unten revidiert. Im Juni dieses Jahres wurde noch mit 1.6% gerechnet. Die Schweiz kann sich demnach den globalen Abschwungs-Tendenzen nicht entziehen und wird insbesondere unter einer schwächeren globalen Nachfrage leiden. Während die Lage auf dem Arbeitsmarkt robust und die Teuerung stabil auf verhältnismässig tiefem Niveau bleibt (Q3 2022: 3% yoy), deuten Stimmungsindikatoren vermehrt auf eine stärkere Eintrübung der Konjunktur im nächsten Jahr hin.

### **Die Inflation verbreitet sich weiter**

Gestiegene Energiepreise, insbesondere für Gas, haben die Preise vieler Güter über Zweitrundeneffekte in die Höhe getrieben. Die Inflation hat sich in der Folge global stark verbreitet: Der Anteil jener Güter, die eine nominalen Teuerung von über 6% gegenüber dem Vorjahr erfahren haben, hat sich in den meisten OECD Ländern innerhalb eines Jahres vervielfacht. In den USA und in der Eurozone liegt dieser Anteil über bei über 50%.

### **In Europa erhöht sich das Risiko einer Energiemangellage**

Die kriegsbedingte Reduktion der Energie-Importe aus Russland haben Europa in eine fragile Energielage manövriert, insbesondere im Gasbereich. Noch sind die europäischen Gasspeicher für diesen Winter üppig gefüllt, da sich viele europäische Länder rechtzeitig um die Erschliessung alternativer Gaslieferungen bemüht haben. Dies wiederum hat die Preise in die Höhe katapultiert und weniger wohlhabende Länder aus dem Gasmarkt ausgepreist. Ein unerwartet kalter Winter oder ausfallende Importe könnten die Gasreserven jedoch rascher als erwartet leeren. Das Risiko einer Energiemangellage bleibt auch für den Winter 23/24 akut, insbesondere im Falle einer Zunahme der globalen Industrieproduktion. Diese könnte beispielsweise aus China kommen, wo bislang die Effekte der Pandemie die chinesische Nachfrage gebremst haben. .

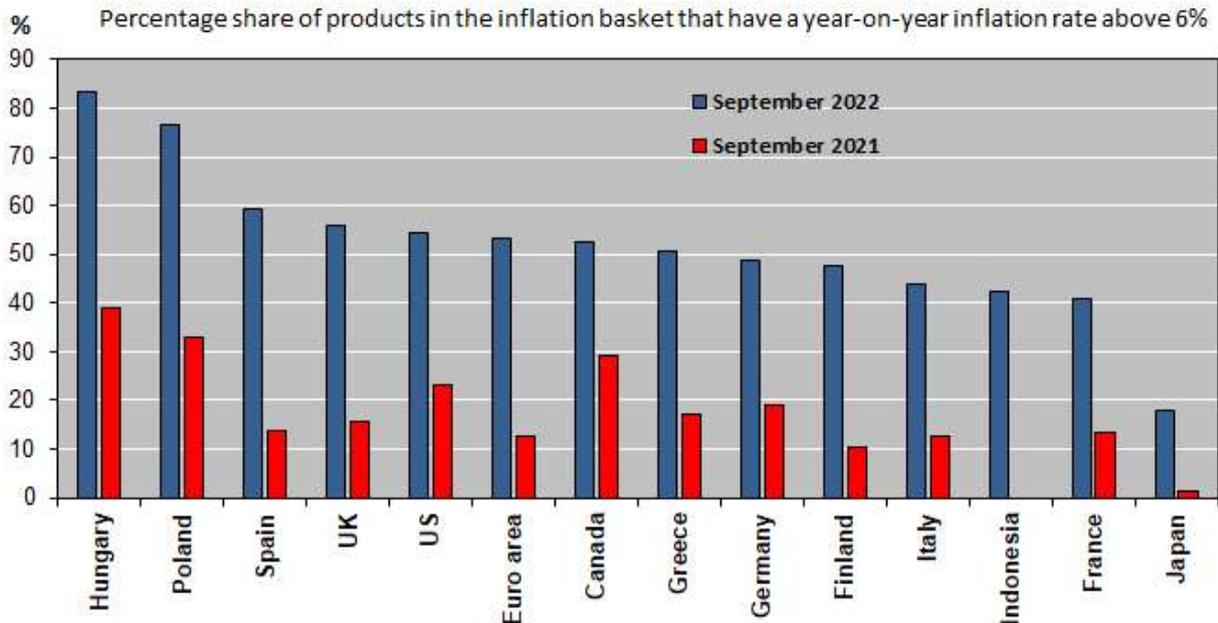
### **Die OECD appelliert an eine raschere Umsetzung der Netto-Null Emissionsziele**

Laut OECD zeigt die aktuelle Energiekrise, dass Energieschocks kurzfristig zu erhöhten CO<sub>2</sub>-Emissionen im Energiebereich führen können, weil viele Länder vermehrt auf fossile Energieträger zurückgreifen müssen. Der beste Schutz gegen zukünftige Energiekrisen sei demnach eine breit diversifizierte und nachhaltige Energiestrategie. Hierfür appelliert die OECD an eine schnellere Umsetzung der Netto-Null Emissionsziele und den entsprechenden notwendigen Investitionen in die grüne

Transition.

Publikation

### Inflation has become increasingly broad-based



Source: U.S. Bureau of Economic Analysis; Eurostat; Statistics Japan; U.K. Office for National Statistics; Statistics Indonesia; and OECD calculations.

## GOVERNANCE

### Ministertreffen des Public Governance Committee vom 17./18. November 2022 in Luxemburg

Regierungsmitglieder sowie weitere Vertreter/innen aus 38 OECD-Ländern, der Europäischen Union und vier Beitrittskandidaten trafen sich am 17./18. November in Luxemburg zum [Ministertreffen](#) zum Thema "Vertrauensbildung und Stärkung der Demokratie" unter der Leitung der luxemburgischen Justizministerin Sam Tanson.

Die Schweiz wurde durch Bundeskanzler Walter Thurnherr an den Plenarsitzungen sowie an der Parallelsitzung zu «Transforming Public Governance for Digital Democracy» vertreten. Der Bundeskanzler widmete sein Votum der e-ID und dem elektronischen Unterschriftensammeln, als aktuelle Beispiele der langsamen Digitalisierung im schweizerischen politischen System.

#### Hauptthema Vertrauen

Die Minister/innen erörterten Massnahmen zu fünf zentralen Governance-Herausforderungen für die Demokratie:

1. Bekämpfung von Fehlinformationen und Desinformation
2. Gewährleistung von Partizipation im öffentlichen Leben
3. Wahrnehmung der Verantwortung der Regierungen und Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegenüber ausländischem Einfluss
4. "grünes Regieren", d. h. die Fähigkeit der Demokratien, auf den Klimawandel und andere ökologische Herausforderungen zu reagieren
5. Umgestaltung der öffentlichen Verwaltung für eine digitale Demokratie.

Die Diskussionen wurden durch die Ergebnisse der OECD-Vertrauensumfrage untermauert, in der ermittelt wurde, was das Vertrauen der Bürger in öffentliche Institutionen ausmacht. Ein gewisses Mass an Vertrauen ist typisch für Demokratien, wobei auch eine Dosis Misstrauen üblich ist. Hohes Vertrauen kommt zudem nicht ausschliesslich in Demokratien vor. 22 Länder haben sich an der Umfrage beteiligt (die Schweiz nicht).

### **Digitalisierung**

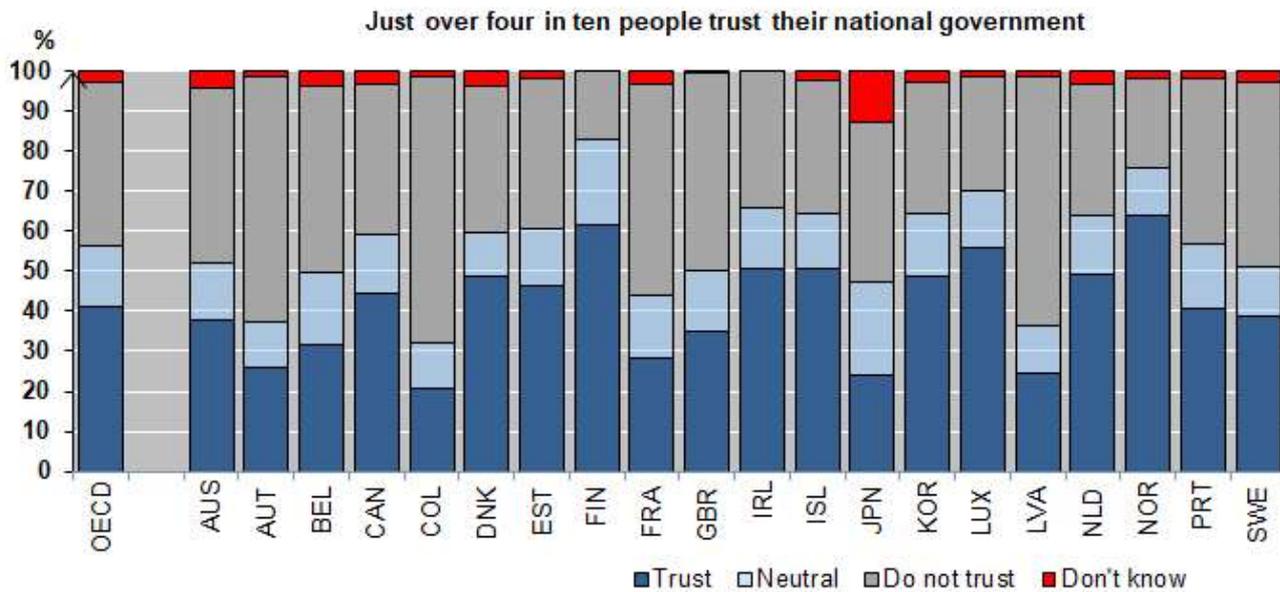
Bei allem Nutzen der Digitalisierung wurden deren Grenzen erwähnt: Minderheiten wollen oder können digitale Lösungen nicht anwenden (Behinderte). Top-down entworfene Angebote von Verwaltungen treffen auf Misstrauen, weil zu wenig bürgernah ausgestaltet oder zu wenig wissenschaftlich validiert. Oft wurde auf die Schulbildung hingewiesen, die entscheidend ist für gekonntes digitales Verhalten.

### **Ministererklärung und nächste Schritte**

Das Ministertreffen gipfelte in der Verabschiedung der Luxemburger Erklärung zum Aufbau von Vertrauen und zur Stärkung der Demokratie. Nebst allgemeinen Aussagen zu Grundsätzen der Demokratie und der Regierungsführung verweist die Erklärung auf konkrete Aktionspläne zur Bekämpfung von Fehlinformationen und Desinformation oder grünen Regierens.

In den nächsten 18 Monaten sollen weitere Aktionspläne zur Übernahme globaler Regierungsverantwortung, zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegenüber ausländischer Einflussnahme und zur Umgestaltung der öffentlichen Verwaltung im Hinblick auf die digitale Demokratie ausgearbeitet werden. Neu soll auch ein «OECD DIS/MIS Information Resource Hub» lanciert werden, um Regierungen bei der Einführung eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes zwischen Regierungen, Medien und Organisationen der Zivilgesellschaft für die Informationsintegrität zu unterstützen.

[Publikation](#)



Source: OECD Trust Survey (<http://oe.cd/trust>)

## WEITERE PUBLIKATIONEN

26. November 2022: Multilateral Development Finance 2022

22. November 2022: Promoting health and well-being at work, policy and practices

21. November 2022: Education policy outlook 2022

10. November 2022: Global outlook on financing for sustainable development 2023

7 November 2022: The climate action monitor 2022

## OECD-KALENDER

13. - 15. December 2022 - In-person event, Gran Canaria, Spain

**OECD Digital Ministerial** [Mehr...](#)

**Redaktion:** Raja Del Vecchio, Annabelle Dussart-Riant

**Beiträge:** Nicolas Descoedres, Basil Stamm, Johanna Lanitis, Irina Martin, Lorenz Kammermann, Clélia Jeandin.

## KONTAKT

### Schweizerische Delegation bei der OECD

28, rue de Martignac

F-75007 Paris

+33 1 49 55 74 50

[paris.ocde@eda.admin.ch](mailto:paris.ocde@eda.admin.ch) | [www.eda.admin.ch/paris\\_oecd](http://www.eda.admin.ch/paris_oecd)

[Profil anpassen](#) | [Anmelden](#) | [Abmelden](#)

Copyright © 2018 EDA. Alle Rechte vorbehalten.

